

Höhere Beiträge und sinkende Prämien: Eine Lösung für die AHV?



Die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) schlug vergangene Woche vor, die **AHV-Beiträge von Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu erhöhen**. Um die so entstehenden Mehrkosten abzufedern bzw. die Krankenkassenprämien zu senken, soll im gleichen Zuge der Staatsbeitrag an die Obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) angehoben werden.



Patrick Risch
Landtagsabgeordneter der Freien Liste (FL)

Auf den ersten Blick scheint der Vorschlag der FBP Sinn zu machen, bei genauerer Betrachtung ist es jedoch nur eine Verlagerung der Problematik, sozusagen Kosmetik. Unterm Strich will die FBP Geld bei den finanzstarken Gemeinden abholen und damit den Staatsbeitrag der OKP (obligatorische Krankenkassenprämien) erhöhen. Das wird kurzfristig zu einer Reduktion oder



Herbert Elkuch
Mitglied der Demokraten pro Liechtenstein (DpL)

Der FBP-Vorschlag ist komplex. Die FBP verschweigt die Höhe der Kürzung der Finanzzuweisung vom Land an die Gemeinden, die zur indirekten AHV-Finanzierung gedacht ist. Für einen Finanzausgleich unter den Gemeinden sind die Reaktionen der Gemeinden mitentscheidend.

Mit tieferen Krankenkassenprämien als Ausgleich für höhere AHV-Beiträge verliert der Schweizer Grenzgänger, der deutsche Grenzgänger profitiert. Für Liechtenstein ist es eine Nullrechnung. Wird die Prämie bei uns billiger wie in Vorarlberg (dort bezahlen Grenzgänger bei 4500 Euro Einkommen 345 Euro Prämie), versichern sich österreichische Grenzgänger eher hier. Liechtenstein muss dann das Defizit für Behandlungskosten übernehmen.

Die angedachte Erhöhung der AHV-Beiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gibt die FBP auch nicht preis. Ohne Zahlen kann man nicht beurteilen, ob die Mindestanforderung im Versicherungsgutachten erfüllt ist. Gemäss dem Gutachten müsste der AHV-Lohnbeitrag, der Staatsbeitrag und dazu noch das Rentenalter erhöht werden, um langfristig über die Runden zu kommen.



Harry Quaderer
Landtagsabgeordneter der Unabhängigen (DU)

In Tat und Wahrheit geht es bei dem Vorstoss der FBP ja nur darum, dass wir keine Gelder ins Ausland exportieren. Die Gelder, die sie meinen, sind aber AHV-Beiträge, die sich zahlreiche Arbeitnehmer, ob Pendler oder solche mit Niederlassung, hier redlich verdient haben. Den ausländischen Arbeitnehmern die AHV abzuzwacken, halte ich für verwerflich.

Woher nun der Gesinnungswandel? „

Stabilisierung der Krankenkassenprämien führen. Als Ausgleich sollen die Arbeitnehmer und Arbeitgeber über Jahre hinweg einen höheren Beitrag an die AHV zahlen. Die Frage bleibt, ob die FBP bei einer nächsten Sparrunde an diese Koppelung von OKP-Staatsbeitrag und AHV-Beitragserrhöhung erinnert werden will.

Nebenbei erwähnt, fordert die Freie Liste seit Jahren gebetsmühlenartig eine Erhöhung des OKP-Staatsbeitrages. Bisher hatte die FBP kein Gehör für unser Ansinnen. Auch waren wir von der Freien Liste für eine Reduktion des Finanzausgleiches für finanzstarke Gemeinden. Eine Landtagsmehrheit entschied jedoch gegen die Vorlage des FBP-Regierungschefs und belies es beim Alten. Woher nun der Gesinnungswandel?

Müssen eine bittere Pille schlucken „

Dass dann der Urheber dieser brillanten Neidstrategie auch noch auf die Idee kommt, dass die Gemeinden Schaan und Vaduz ja alles berappen könnten, ist wahnwitzig und zeugt von nichts weniger als von Neid (gegenüber den zugegebenermassen reichen Gemeinden). Sind wir doch ehrlich: Zur Sanierung der AHV müssen wir alle eine bittere Pille schlucken. Man könnte das Rentenalter erhöhen, man könnte auch Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerbeiträge erhöhen, aber dann bleiben nicht mehr allzu viele Optionen übrig.

Eine Option gibt's wohl noch: Warum sollen z.B. Personen, die im Pensionsalter sind, keine AHV-Beiträge mehr bezahlen? Das macht für mich überhaupt keinen Sinn.



Wendelin Lampert
Landtagsabgeordneter FBP

Von diesem Vorschlag werden sehr viele Menschen im Land profitieren, da er folgende Vorteile hat:

1. Eine Mehrheit der Arbeitnehmer wird unter dem Strich mehr Geld zur Verfügung haben, da die Entlastung bei der Krankenkassenprämie grösser ist als der zusätzliche Beitrag in unsere AHV.
2. Für die Arbeitgeber ergibt sich grundsätzlich keine zusätzliche Belastung, da der höhere Beitrag in die AHV mit dem tieferen Arbeitgeberbeitrag an die Krankenkasse kompensiert wird.
3. Alle Rentnerinnen und Rentner werden davon profitieren, da auch für sie die Krankenkassenprämien massgebend sinken werden.
4. Das Rentenalter muss nicht erhöht werden.
5. Es muss nicht jedes Jahr ein Staatsbeitrag teilweise ins Ausland exportiert werden.
6. Mit der Reduktion der Finanzausweisungen vom Land an sehr finanzstarke Gemeinden ist der Vorschlag aus Sicht unseres Landes kostenneutral. Die finanzstarken Gemeinden bleiben trotzdem finanzstark.
7. Der Landtag behält den finanzpolitischen Spielraum für weitere wichtige Zukunftsinvestitionen im Sinne kommender Generationen.
8. Unsere wichtige 1. Säule der Altersvorsorge, unsere AHV, hat im Jahr 2038 immer noch fünf Jahresausgaben als Reserve, und das ist der Sinn und Zweck dieses Vorschlags, welcher dieses Ziel mit vielen Gewinnern erreicht.



Mario Wohlwend
Landtagsabgeordneter VU

Hier lohnt sich ein Blick hinter die blendende Schönwetterfassade. Die VU hat letztmals im Dezember eine mögliche Gesetzesanpassung initiiert, um die finanzielle Zukunft der AHV für die nächsten Jahrzehnte mit zusätzlichen Einnahmen abzusichern und eine sinnvolle sowie tragfähige Rentenerhöhung herbeizuführen, weil wir Übles kommen sahen. Mittlerweile ist die Zeitbombe «AHV» detoniert.

Welchen nachhaltigen Unterbau benötigt die AHV und das Leben im Alter? Genügt eine geistlose Sparpolitik? Ich habe mich im Juni 2019 zum dritten Mal für eine massvolle Giesskanne von 4 Mio. zusätzlichen Franken zum OKP-Staatsbeitrag eingesetzt. Bis auf einen Abgeordneten wurde die moderate Erhöhung des OKP-Beitrags von der FBP-Fraktion mit Aversion torpediert. Nun soll vermutlich eine vielfache Erhöhung dessen vorgenommen werden. Damit will sich die FBP wohl die erhöhten AHV-Beitragssätze der Liechtensteiner Prämienzahler und Arbeitgeber erkaufen. Der Finanzausgleich verkommt mit dieser Anwendung zum reinen Schröpfen der reichen zwei Gemeinden. Hingegen mit dem richtigen Regelwerk und durch eine gezielte Aufgabenentflechtung würde eine gesunde, moderne Verbindung aus Engagement für Lebensqualität, Raumplanung und Stärkung des Unternehmertums der Gemeinden mit Achtsamkeit auf künftige Generationen gefördert. Ich bin jedenfalls gespannt, wie die Lösung in der Praxis aussehen soll.